

Ethik und Werte 2
Für Verständnis und Toleranz

Rente nicht sicher 3
10 Forderungen der LINKEN

Beim Wort genommen

Offener Brief eines volljährigen Reinickendorfer Bürgers an seine Bezirksbürgermeisterin

Sehr geehrte Frau Wanjura, zu meinem 18. Geburtstag schickten sie mir einen Brief. Ich möchte heute, drei Jahre später, von meinen Erfahrungen berichten. Sie meinten, der neue Lebensabschnitt brächte nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich – und Verantwortung. Ich sollte an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und mitbestimmen, wie „die Zukunft -Ihre Zukunft- aussieht.“ Und sie forderten mich auf: „Wenden Sie sich mit Fragen, Kritik und Anregungen an Ihre Abgeordneten und Bezirksverordneten oder an mich.“

Ich habe Sie beim Wort genommen.

Trauerspiel BVV

Ich war in der BVV, habe von meinem Recht, Einwohnerfragen zu stellen, Gebrauch gemacht. Leider schien es oft so, dass die Fragen nicht erwünscht waren. Man ließ Bürgerinnen und Bürger stundenlang warten. So auch mich. Wenn es dann endlich so weit war, nahm das Trauerspiel seinen Lauf.

Frau Schultze-Berndt zum Beispiel lieferte einmal interessante Erklärungsversuche, wieso die Finnen beim Pisa-Test besser abgeschnitten haben. Ihr zufolge läge es daran, dass es dort das ganze Jahr dunkel sei und

die Kinder so gezwungen seien, „zu Hause zu sein und vor dem Kamin Bücher zu lesen“. Sie glaubt wohl auch, dass „Zitronenfalter Zitronen falten“.

Anstandsregeln Fehlanzeige

In der Sitzung zeigen Verordnete ihre „schlechte Kinderstube“. Gegenseitige Beschimpfungen, permanentes Dazwischenreden - die Meinung des anderen wird nicht geachtet.

Auch das Vorlesen von zwanzig Seiten zum Thema Tourismus (Gefragtes und Nichtgefragtes) zeugt von schlechtem Stil in unserem Reinickendorfer „Bezirksparlament“. Alles in allem ist es peinlich und provinziell, was dort jeden Monat stattfindet.

Mein besonderes Anliegen, die Bekämpfung von rechtsextremen Tendenzen im Bezirk, wird vom Bezirk zwar als Thema wahrgenommen, tatsächlich passiert jedoch nichts oder zu wenig. An dieser Stelle nochmals „Vielen Dank“ für Ihre persönliche Einladung zum „Runden Tisch“ des Bezirksamtes zu diesem Thema. Nur: Leider ist es in Reinickendorf schon ein Fortschritt – von „so etwas gibt es hier nicht“ zu „sowas gibt es, aber die kommen ja alle aus Brandenburg.“ Machen Sie sich nur etwas vor...

Effektiver wäre es beispielsweise, nach Pankower und Treptow-Köpenicker Vorbild eine zentrale Registerstelle einzurichten, die rassistische, antisemitische und rechtsextreme Vorfälle im Bezirk sammelt, registriert und ggf. wissenschaftlich aufbereitet. Das wäre ein richtiger und wichtiger Schritt. Bitte, kommen Sie weg von Lippenbekenntnissen und unternehmen Sie etwas, Frau Wanjura!

Mit freundlichem Gruß,
Robert Irmscher



Demonstration

20. September



12 Uhr: Auftakt Brandenburger Tor
14 Uhr: Abschluss Gendarmenmarkt

www.afghanistandemo.de

Dem Frieden eine Chance
**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

Marx und Kant, Allah und Gott Ethikunterricht für ein gegenseitiges Verstehen

Seit zwei Jahren gibt es in Berlin ab der siebten Klasse einen gemeinsamen Ethikunterricht. Zur Position der LINKEN äußert sich der Bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, *Steffen Zillich*:

Was hat die Kampagne von „ProReli“ mit dem Ethikunterricht zu tun?

„ProReli“, unterstützt von den Kirchen und der CDU, geht es um ein altes Ziel: Der Religionsunterricht soll in Berlin Pflichtfach werden. In Berlin ist, anders als in anderen Bundesländern, der Religions- und Weltanschauungsunterricht ein freiwilliges Unterrichtsfach. Unter dem Slogan der „Wahlfreiheit“ soll ein Wahlpflichtfach eingeführt werden. Das hieße, dass Schülerinnen und Schüler zwischen Ethik und Religion wählen müssten.

Warum ist Ethik für Berlin wichtig?

In Berlin leben Menschen aus fast 200 Nationen mit ganz unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen. Diese Vielfalt ist die Stärke Berlins, stellt große Anforderungen an das alltägliche Zusammenleben der Menschen, aber natürlich auch an die Arbeit an den Berliner Schulen.

Das Fach Ethik soll den Jugendlichen Raum geben, sich mit verschiedenen Lebensweisen und Vorstellungen bekannt zu machen und auseinanderzusetzen. Es soll für Gemeinsames, aber auch für Unterschiede sensibilisieren. Es soll zum Verstehen des Anderen, zum Dialog, zu friedlicher Konfliktlösung befähigen. Das kann nur gelingen, wenn alle Schülerinnen und Schüler am Ethikunterricht teilnehmen und nicht nach Religion oder Weltanschauung getrennt werden.

Inwieweit finden im Fach „Ethik“ religiöse bzw. weltanschauliche Elemente ihren Platz?

Es gibt Kooperationen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Es ist gut, wenn im Rahmen

des Ethikunterrichts Moscheen, Synagogen, Tempel oder Kirchen besucht werden, damit Religionen authentisch erlebt werden können. Dabei muss immer gesichert sein, dass der Ethikunterricht weltanschaulich-religiös neutral stattfindet. Das ist Verfassungsgebot. Und es ist auch die Voraussetzung für den Erfolg.

Gegner des Faches werfen der rot-roten Koalition vor, den Religionsunterricht aus der Schule drängen zu wollen. Ist das auch eine Intention?

Nein. Die Berliner Regelung zum Religionsunterricht hat sich bewährt. Wir haben sie nicht geändert und haben das auch nicht vor.

Im Berliner Schulgesetz von 1948 wurde damals mit den Stimmen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberalen eine klare Trennung von Staat und Kirche vollzogen. Sie gründete sich im demokratischen Neubeginn und trägt in besonderer Weise der säkularen Realität in Berlin Rechnung. Diese Regelung hat sich bewährt...

...und der Ethikunterricht hat andere Aufgaben?

Genau. Als Bekenntnisunterricht kann kein Religionsunterricht die besondere Funktion des gemeinsamen und integrativen Faches Ethik übernehmen: Es ist etwas grundsätzlich anderes, ob man sich des eigenen Bekenntnisses vergewissert oder gegenseitiges Verständnis einüben möchte; es ist etwas anderes, ob sich Christen untereinander über die Verständigung mit Muslimen unterhalten oder ob Muslime und Christen dies gemeinsam üben müssen. Weil letzteres so schwierig und so wichtig ist, brauchen wir den gemeinsamen Ethikunterricht.

Wie unsere Schulstadträtin Kant und Humboldt widerlegt

Frau Schultze-Berndt hat gemeinsam mit der evangelischen und der katholischen Kirchengemeinde einen „Ideen- und Kreativwettbewerb“ für den Religionsunterricht an den Reinickendorfer Schulen ausgeschrieben. Lt. Schulgesetz und AV Religions- und Weltanschauungsunterricht ist sie dafür nicht zuständig.

Der unverhüllte Missbrauch ihrer Funktion für das Anliegen des Volksbegehrens „ProReli“ ruft einige Fragen hervor: Auf welcher rechtlichen Grundlage agiert die Stadträtin? In welchem Umfang fließen Haushaltsmittel in den „Ideenwettbewerb“ und wer beschließt darüber? Außerdem: Warum ist der Wettbewerb auf den evangelischen und katholischen Religionsunterricht beschränkt? Was ist mit der Jüdischen Gemeinde, der Islamischen Föderation, der Buddhistischen Gesellschaft und dem Humanistischen Verband Deutschlands, die alle in Berlin Religions- oder Lebenskundeunterricht geben?

„Bei der Vermittlung von sozialer Kompetenz, Werten und Orientierung“ – so Frau Schultze-Berndt – „sind die Schulen auf die Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften angewiesen.“ Die Behauptung „Werte brauchen Gott“, schrie uns schon 2007 hundertfach auf U- und S-Bahnhöfen entgegen - und spricht allen, die nicht konfessionell gebunden sind, die Fähigkeit zum moralischen Handeln ab, so als ob es Moses Mendelssohn, Kant oder Humboldt nicht gegeben hätte!

„Ihr seid das Salz der Erde; wenn aber das Salz kraftlos geworden ist“, fragt Jesus seine Jünger (Matthäus 5,13). „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ antwortete Kant schon 1784.

Michael Rohr

Quelle:
„Bezirksbühne“,
Bezirkszeitung
der LINKEN
Charlottenburg-
Wilmersdorf,
07/08-2008

Horst Jusch,
Verdeckte
Bewerbung (I),
WiR 07/08,
Seite 2,
www.die-linke-
reinickendorf.de



Verdeckte Bewerbung? (II)

Auch Dr. Wegner (CDU Reinickendorf) müht sich, als christlich-demokratischer Vordenker politisch-konservative Konzepte zu entwickeln. Am Menschen orientierte Kommunalpolitik begreift er nicht mehr als „sozialistisches Teufelszeug“, sondern als „christliche Gestaltungspflicht“.

Aber: „Eindeutige Zuordnung wie rechts gegen links, konservativ oder gar reaktionär gegen fortschrittlich und modern, all das entspricht nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklich-

keit.“ Sehr gewagt. In Zeiten in denen die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten weiter auseinander geht, in denen Menschen (wieder) in Existenznöten sind, die Bildungschancen unserer Kinder (noch immer) vom sozialen Umfeld abhängen, Kriege wieder von deutschem Boden ausgehen, muss man zuordnen. Hier widerspiegelt CDU-Politik, die weder christlich, sozial oder demokratisch daher kommt - sich aber herausnimmt, allein für Wertevermittlung zuständig zu sein.

Eine für alle, alle für eine

DIE LINKE: Gute Arbeit, Gute Löhne und Gute Renten

Der neoliberale Umbau des Sozialstaats hat auch vor der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nicht halt gemacht und wird unter der Großen Koalition unvermindert fortgeführt. Ob Riester-Rente, Nachhaltigkeitsfaktor oder Rente ab 67, das Vertrauen in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente wird systematisch zerstört. Es drohen Armutsrenten. Millionen Menschen müssen damit rechnen, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Wer im Alter seinen Lebensstandard halten will, ist dazu gezwungen, einen immer größeren Teil des Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorge-systeme zu stecken. Gewinner dieser Entwicklung sind vor allem Banken und Versicherungskonzerne.

Wir, DIE LINKE, finden uns nicht ab mit Armutslöhnen, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Im Zentrum linker Rentenpolitik steht die Verteidigung der gesetzlichen Rente als Lebensstandard sicherndes Alterssicherungssystem. Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein. Wir fordern die sofortige Umsetzung folgender Punkte:

1. Die Gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung stärken Die GRV muss wieder Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. Es muss der Grundsatz gelten, dass die Rente den erreichten Lebensstandard im Alter absichert.

2. Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren Wir wollen die sofortige Rücknahme von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Auch die im Zuge der Rente ab 67 geplante „Sicherungsklausel“ wird abgelehnt.

3. Beitragssatzdogma aufheben Die Beitragssatzhöhe muss sich wieder an dem angestrebten Leistungsniveau orientieren. Millionen von Rentnerinnen und Rentner müssen wieder an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt werden.

4. Nein zur Rente ab 67 Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir ab, weil sie nichts außer einer weiteren flächendeckenden Kürzung der Renten bewirkt. Notwendig sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir streben langfris-

tig das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge.

5. Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GRV Wir wollen die Einbeziehung von bislang nicht oder nur unzureichend gesicherten Personen sowie von Personen, die derzeit noch Zugang zu „privilegierten“ Sondersystemen haben, in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen paritätisch einzahlen.

6. Die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben Die damit verbundenen Steigerungen der Rentenansprüche werden abgeflacht.

7. Stärkung des Solidarausgleichs in der GRV Der Solidarausgleich in der GRV muss gestärkt und ausgebaut werden, damit auch Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen im Alter im Regelfall nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

8. Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge



Der Bund subventioniert 2008 mit 12,8 Mrd. Euro die private Altersvorsorge. Die Milliarden sind weitaus besser und sinnvoller angelegt, wenn sie zur Stärkung der Ausgleichselemente innerhalb der GRV verwendet werden, um gezielt die Rentenansprüche von Geringverdienern und Erwerbslosen aufzustocken.

9. Angleichung des Rentenwertes Ost-West – Abschaffung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung

Die vereinigungsbedingten Rentengerechtigkeiten für einzelne Berufs- und Personengruppen im Osten Deutschlands müssen durch spezielle Regelungen abgebaut werden.

10. Grundsicherung im Alter erhöhen Auch die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und bundesweite Standards zur Erstattung angemessener Unterkunftskosten würden zu einer sofortigen Anhebung des Leistungsniveaus führen, Zwangsumzüge vermeiden. Zukünftig soll dies innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden.

„Wissen Sie, wie es in der Schweiz ist? In der Schweiz muss jemand, der Millionen verdient, entsprechend seinem Einkommen Beiträge bezahlen. Der dort geltende Grundsatz lautet: Es ist zwar richtig, dass die Millionäre keine gesetzliche Rente benötigen, aber die gesetzliche Rentenversicherung benötigt die Millionäre.“
G. Gysi (DIE LINKE)

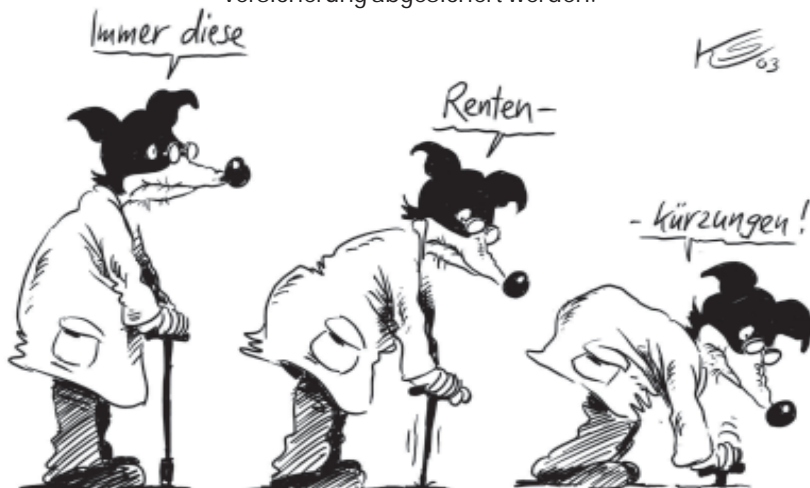
Mehr Infos unter: www.die-rente-die-linke.de

„DIE LINKE steht für die Stärkung der gesetzlichen Rente, eine auskömmliche Rente für alle, für Männer und Frauen, Ost und West, eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard ohne gravierende Abstriche auch in Zukunft sichert. Dazu braucht es ein gesundes Gleichgewicht zwischen Gerechtigkeit und Solidarität.“

Lothar Bisky (DIE LINKE)

„Ich will kein Rentensystem haben, in dem viele Renten unter die Sozialhilfe rutschen. Dann verwandelt sich der Sozialstaat in eine sozialpolitische Bedürfnisprüfungsanstalt ... Einer börsenabhängigen Privatvorsorge würde jedenfalls ich meine Alterssicherheit nicht anvertrauen. Man liefert sich dem internationalen Finanzmarkt aus. Das ist eine Zockerbande, völlig abgehoben von der Realität.“

Norbert Blüm (CDU)



Danke, Klaus Stuttmann!

Der Kreative geht, sein „Fuchs“ wird bleiben

Lieber Klaus Stuttmann, hier soll Gelegenheit sein, Dir für Deine jahrelange hervorragende und anregende Zuarbeit als Karikaturist für unsere Bezirkszeitung zu danken. Ohne Deine „Füchse“ gäbe es vielleicht ein anderes, aber wohl kein qualitativ so hochwertiges Erkennungszeichen, das unsere Zeitung immer bereichert, wenn nicht manchmal ausgemacht hat. Dafür ein herzliches „Danke“.

Du wirst es nicht mehr genau wissen, es ist aber bemerkenswert: Deine erste Karikatur, sozusagen der Ur-„Fuchs“, erschien in unserer Wahlausgabe 2001 und ab August 2002 gab es die „Füchse“ regelmäßig, mit drei urlaubsbedingten Ausnahmen.

57 Füchse haben wir veröffentlicht, zu sehr verschiedenen Themen, immer politisch, immer parteiisch, manchmal hintergründig, meist witzig - aber nie unverständlich, sondern eindeutig auf Seiten derer, die nicht auf der Sonnenseite leben. Zum Erhalt oder Ausbau der Demokratie, Erwerbslosigkeit, Ignoranz, politische Hochnäsigkeit, Kommunales, Wünschenswertes haben wir uns geäußert, die Illustration war vielleicht oft deutlicher und ausdrucksstärker.

Der Reinickendorfer „Fuchs“ ist und bleibt unser Markenzeichen, das über die Jahre auch unsere Ansprüche an uns und unsere Zeitung geprägt hat. Insofern hast Du uns und wohl auch unseren Lesern mehr gegeben als eine politische Karikatur.

Es hat, für unsere Verhältnisse im (noch) „tiefschwarzen“ Reinickendorf, viele positive Reaktionen auf unsere Arbeit gegeben, nicht zuletzt war dies auch Dein Verdienst.

Lieber Klaus, die Redaktion von „WiR“ wünscht Dir für Deine Arbeit weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und eine inspirierte Leserschaft.

kann ich das m. E. autokratische Gebaren der Reinickendorf-CDU und die mangelnde Fähigkeit von in der BVV vertretenen weiteren Parteien gutheißen.

Also, danke für die wenigstens von außerhalb der BVV stattfindende Opposition in Reinickendorf und möglichst viele Leser!

Mit freundlichen Grüßen
Manuel Fernandez, Berlin, 16. 7. 2008

Am Rande Bitte habt uns lieb!

Also, unsere Abgeordneten haben es auch immer schwerer. Kein normaler Mensch will mehr mit ihnen über seine Sorgen sprechen. In Arbeitsstätten lassen die Betriebsleitungen sie höchstens rein, um ihnen potjomkinsche Dörfer vorzuführen. Das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Mario Czaja, parlamentarischer Geschäftsführer und Gesundheitsexperte der CDU-Fraktion, soll deshalb glücklich gewesen sein, als die Gewerkschaft ver.di ihn zu einem Praktikum in einem Krankenhaus einlud.

Die SPD in Reinickendorf fordert solche Einladungen geradezu heraus. In Flyern bieten die Wahlkreisabgeordneten und die zwölf Bezirksverordneten des Wahlkreises 4 (Borsigwalde, Freie Scholle, Waidmannslust, Wittenau und Tegel) an: Mieten Sie sich einen Politiker für einen ganzen oder einen halben Tag!

Eine kommunalpolitische Feuerwehr? Nein, das nun wieder auch nicht. „Für einen Tag stehen wir mit Ihnen hinter dem Ladentisch oder fahren im Werkstattwagen mit zu Ihren Kunden“, heißt es im Flyer. Auch die Unterstützung bei Sommerfesten im Verein oder die Betreuung von Kindern beim Wandertag gehört zum Angebot. Geworben wird mit Erfahrungen als Hobbyschneiderin, Konfitüreköchin, Computertüftler, Motorradbastler, Leseratte oder Weinkenner. Die Wahlkreisabgeordnete Anja Hertel, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Initiatorin dieser Aktion, ist sogar bereit, mal den Zaun eines Kleingartenvereins zu streichen, „wenn die Bürger es wünschen“. Man wolle die landläufige Meinung widerlegen, dass Politiker keine Ahnung vom richtigen Leben haben, nicht (mehr) arbeiten können und nicht wissen wollen, was die Bürger wirklich denken.

Man könnte natürlich auch Politik machen, die das widerlegt.

Jochen Eser

Termine

„Wenn wir streiten Seit an Seit.“ Die Linke und ihr Verhältnis zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen“, **23.9., 19 Uhr**, IG-Metall-Haus, Saal, 5. Stock, Alte-Jakob-Str. 149, 10969 Berlin.

Referenten: **Horst Schmitthener** (Beauftragter der IG-Metall für den Kontakt zu sozialen Bewegungen) und **Elmar Altvater** (Wissenschaftsbeirat attac Deutschland)



Klaus Stuttmann:
Immer aktuell,
immer auf den
Punkt - auch
ohne Füchse

www.stuttmann-
karikaturen.de

Du hast aus Alters- und Zeitgründen Deine Mitarbeit beendet. Leider. Die Bezirkszeitung der Reinickendorfer LINKEN verliert einen Macher im Hintergrund, dessen Beiträge, aus gutem Grund, fast ausnahmslos auf der Titelseite zu finden waren und über viele Jahre das Erscheinungsbild geprägt haben.

Leserbrief

Liebe Macher/innen von „WiR“, als am Geschehen in Reinickendorf interessierter Bewohner der Stadt nehme ich wahr, dass einzig eine nicht in der BVV vertretene Partei des demokratischen Spektrums ausführlich über deren Sitzungen berichtet. So wenig ich manche Standpunkte der Partei „DIE LINKE“ teile, so wenig

Impressum
Herausgegeben
vom
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE.,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

**Wir in
Reinickendorf**
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel
Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
redaktion@die-linke-
reinickendorf.de